

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Alexander König

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Gerald Pittner

Abg. Christian Kligen

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Thomas Huber

Abg. Steffen Vogel

Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Karl Feller

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gemäß § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion  
"Inflation bekämpfen - Lebenshaltungskosten und Energiepreise müssen  
bezahlbar bleiben"**

Für die heutige Sitzung ist die CSU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie kennen das Prozedere: grundsätzlich 5 Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. für eine Rednerin oder einen Redner 10 Minuten. Als Erster beginnt der Kollege Alexander König mit 10 Minuten für die CSU-Fraktion.

**Alexander König (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur Daseinsvorsorge gehört, dass Güter des täglichen Bedarfs verfügbar, aber auch bezahlbar sind. Das gilt namentlich für unverzichtbare Güter wie Nahrungsmittel, Strom und Brennstoffe. Die Bürgerinnen und Bürger sehen sich bei diesen Gütern seit Monaten mit Preissprüngen konfrontiert, die die Haushaltskasse vieler Menschen durcheinanderbringen und bei dem einen oder anderen auch schon zu plötzlicher Leere im Geldbeutel führen.

Im Dezember stiegen die Nahrungsmittelpreise gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,9 %, die Gemüsepreise um 9,9 %, die Preise für Strom, Gas und Brennstoffe um 11 % und die Heizöl- und Kraftstoffpreise für sich allein genommen um 38 %. Insgesamt erreichten wir eine Inflationsrate von 5,3 %. Das Leben muss für alle Menschen in unserem Land bezahlbar bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb muss der Inflation aktiv entgegengewirkt werden. Dass Inflation ein schwieriges Thema ist, kann man an den unterschiedlichen Prognosen der Fachleute zur zu erwartenden weiteren Entwicklung ablesen. Das hilft allerdings den Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Strom- und Gasrechnung bezahlen sollen, nicht. Dem

Bürger nutzt es nichts, wenn die Weiterentwicklung mit ruhiger Hand abgewartet wird – gefragt ist Handeln, nicht Zuschauen.

(Zuruf)

Das erfordert zunächst eine Analyse der Ursachen. Unstrittig ist, dass die Absenkung der Mehrwertsteuer im zweiten Halbjahr 2020 ebenso für einen Teil der Inflation verantwortlich ist wie der coronabedingte Preisverfall der Mineralölprodukte im Jahr 2020. Die Rückkehr zum früheren Niveau trieb die Preise. Klar dürfte auch sein, dass krisenbedingte Effekte wie der Mangel an Ausgangsgütern und Transportkapazitäten für den stärksten Anstieg der gewerblichen Erzeugerpreise seit den 1950er-Jahren verantwortlich sind.

Für den sprunghaften Anstieg der Preise sind allerdings eindeutig die sprunghaft steigenden Energiepreise ursächlich. Preistreibend wirken der CO<sub>2</sub>-Preis und die Rohstoffpreise, die durch die anziehende Weltkonjunktur und geopolitische Auseinandersetzungen angestiegen sind. Für die Zukunft bestehen sogar weitere Risiken wie die Weiterentwicklung der Corona-Pandemie und eine etwaige durch entsprechende Lohnabschlüsse ausgelöste Lohn-Preis-Spirale.

Auch der von der Bundesregierung vorgesehene Anstieg des Mindestlohns wird seinen Teil dazu beitragen, dass Güter teurer werden. Einen wirklich großen Einfluss auf die Weiterentwicklung wird die Entscheidung darüber haben, ob die Geldmenge im europäischen Wirtschaftsraum weiter überdurchschnittlich gesteigert wird oder nicht.

Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger: Ihre Konsummöglichkeiten verringern sich. Der Wert ihrer kapitalgedeckten Altersvorsorge verringert sich. Die Lohn- und Einkommensteuerzahler in unserem Land werden durch die Inflation auf der einen Seite und den progressiven Steuertarif auf der anderen Seite von der kalten Progression geschröpft wie noch nie. Das heißt auf gut Deutsch: Den Bürgern bleibt weniger Geld, und die Kaufkraft sinkt.

Gleichzeitig wird Wohnen noch teurer, weil der Immobilienmarkt weiter angeheizt wird. Auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft leidet unter der Inflation. Der Staat erzielt noch höhere Steuereinnahmen als bisher, hat allerdings auch höhere Tarifaufgaben und muss für Schulden wieder mehr Steuergeld aufwenden. – Das alles sind keine guten und erstrebenswerten Entwicklungen. Deshalb müssen wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Vor allem sind alle Akteure aufgefordert, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um die Inflation einzudämmen.

Formaljuristisch ist es Aufgabe der Europäischen Zentralbank, für stabile Preise zu sorgen. Hierzu könnte die EZB auch tatsächlich einen Beitrag leisten, wenn sie zeitnah den Ausstieg aus dem geldpolitischen Krisenmodus einleiten, die Anleihekäufe reduzieren und eine moderate Steigerung des Leitzinses einleiten würde, wie es zum Beispiel die Federal Reserve der USA vorgemacht hat. Allerdings müsste sich die EZB dann von ihrem seit geraumer Zeit verfolgten Hauptziel abwenden, die wirtschaftliche und fiskalische Situation vor allem in den südlichen EU-Ländern dadurch zu verbessern, dass immer mehr Geld in den Markt gepumpt wird. Beide Ziele sind nicht gleichzeitig erreichbar.

Einen großen Beitrag zur weiteren Entwicklung könnten alle Regierungen in der EU leisten, wenn sie bereit wären, zu den Zielen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik zurückzukehren, und zumindest schrittweise die mittlerweile übermäßige Staatsverschuldung wieder abzubauen beginnen würden. Leider bleibt auch der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung bei der Frage sehr vage, ob in Europa auf solide Finanzen oder auf hemmungsloses Geldausgeben gesetzt werden soll.

Die CSU setzt ganz klar auf eine solide Finanz- und Geldpolitik in Bayern, Deutschland und Europa einschließlich der Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Wir fordern die EZB auf, Artikel 127 AEUV, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, zu beachten, für stabile Preise zu sorgen, die Anleihekäufe endlich zurückzuführen und den Leitzins schrittweise zu erhöhen. Letzteres ist schon alleine deshalb

erforderlich, um eine Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar und damit noch teurere Importe und noch teurere Energiepreise zu vermeiden.

Wir fordern aber auch nationale Maßnahmen; Abwarten und Zuschauen gilt nicht. Wenn man nach Berlin schaut, hat man den Eindruck, dass bei dem Thema "abwarten und Tee trinken" angesagt ist. So geht die Zukunft nicht: Die Bundesregierung muss auch handeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Staatsregierung hat bereits mit ihrer Bundesratsinitiative am 21. September letzten Jahres Vorschläge unterbreitet, wie die Auswirkungen der Teuerung auf Sparer und Verbraucher abgemildert werden können. Erforderlich sind demnach steuerliche Maßnahmen zur Entlastung der Sparer, vor allem aber eine Entlastung der Haushalte bei den Energiekosten über eine Absenkung der Stromsteuer, die zeitnahe und vor allen Dingen vollständige Abschaffung der EEG-Umlage und die systematische Erhöhung der Pendlerpauschale. Auch alle weiteren Energiesteuern gehören in dieser Situation auf den Prüfstand.

Die CSU hält es weiterhin für dringend erforderlich, die kalte Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer dadurch abzubauen, dass der Tarif in kürzeren Intervallen überprüft und den Entwicklungen angepasst wird. Der Staat darf die Steuerzahler nicht mithilfe des widrigen Gesellen Inflation wie eine Weihnachtsgans ausnehmen. Das ist schäbig; das werden sich die Steuerzahler nicht bieten lassen.

Nachdem offensichtlich ist, dass die sprunghaften Energiepreiserhöhungen auch zu sprunghaften Inflationsschüben führen, ist es meines Erachtens dringend erforderlich, ehrlich, klar und deutlich zu sagen, welche Energiemengen aus welchen Grundstoffen in Deutschland wie gedeckt werden sollen.

(Zuruf)

Wenn klar ist, dass der Gasbedarf in unserem Land nach dem vollständigen Ausstieg aus der Atom- und Kohlestromerzeugung zumindest mittelfristig weiter ansteigen wird, wenn gesagt wird, dass wir soundso viele weitere Gaskraftwerke brauchen, sollte auch klipp und klar gesagt werden, wo dieses Gas herkommen soll. Zurzeit decken wir unseren Gasbedarf etwa zur Hälfte mit Gas aus Russland, den restlichen Bedarf mit Gas aus Norwegen und den Niederlanden. Wir wissen, dass wir auch zukünftig auf diese Lieferanten angewiesen sind. So sollten wir auch reden und handeln. Gaspipelines, die das Gas nach Deutschland bringen, werden wir nutzen, weil wir sie brauchen. Alles andere Gerede ist unrealistisch und auch unverantwortlich, weil auch dadurch der Gaspreis steigt und steigt.

Wir sind weiter auf Energieimporte angewiesen. Deshalb sind diese auch in unserem deutschen Interesse. Die Energiepreise beeinflusst man, indem man ein zuverlässiger Partner der Lieferanten ist. Wir haben die vordringliche Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass unser eigenes Land dauerhaft, sicher und auch zu konkurrenzfähigen Preisen mit Energie versorgt wird.

Kolleginnen und Kollegen, die Inflation macht nicht der liebe Gott. Wir können selbst an vielen Stellschrauben drehen und das Preisniveau beeinflussen. Wir machen in Bayern, was wir können: nämlich eine solide Finanzpolitik. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie der Entwicklung nicht tatenlos zusieht, sondern alle möglichen, vor allem steuerlichen und energiepolitischen Maßnahmen trifft, damit unsere Bürger eben nicht kalt enteignet werden. Wir fordern darüber hinaus die EZB auf, ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden.

Kolleginnen und Kollegen, daran werden in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger die Politiker messen, wenn sie nach Berlin, nach Frankfurt und nach Brüssel schauen; denn das hat Einfluss auf ihren Geldbeutel.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vorbildlich in der Zeit. – Als Nächster hat Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Auch zehn Minuten.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr König, Sie haben am Anfang immerhin noch relativ realistisch eingeordnet, warum es zu Preissteigerungen kommt. Das sind eine ganze Reihe von Faktoren; es gibt nicht den einen direkten Faktor. Das sind Lieferketten, die unterbrochen sind, das ist Materialmangel, den wir haben, und weitere Gründe. Der Mangel an Arbeitskräften im Handwerk ist sicher auch ein Grund dafür, dass es zu Preissteigerungen kommt. Das ist also nicht ganz so einfach, und es ist deshalb auch nicht ganz so simpel, die Verantwortung lediglich auf die Europäische Zentralbank zu schieben. Glauben Sie ernsthaft, dass das Lieferkettenproblem gelöst ist, wenn die EZB zeitnah den Leitzins um 25 Basispunkte anhebt? Glauben Sie, dass dadurch die Energiepreise fallen? Glauben Sie, dass damit der Mangel an Produkten behoben ist? – Das wird so nicht eintreten. Das ist deutlich komplexer, als dass die Verantwortung allein zur EZB nach Frankfurt geschoben werden könnte, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben richtig angesprochen, was wir gerade erleben. Wir haben im Dezember 2021 viele Preissteigerungen gegenüber 2020 festzustellen, einige davon coronabedingt – da bin ich bei Ihnen. Ich bin auch bei Ihnen, was die Preissteigerung bei Gemüse um 9 % angeht. Das kann man den statistischen Daten entnehmen.

Ganz entscheidend ist aber: Wir erleben gerade weltweit einen massiven Hunger nach fossilen Energieträgern, der die Preise gewaltig treibt. Das haben wir bei Öl, das haben wir Gas und bei Steinkohle. Dass wir das auch bei uns beim Strom sehen, zeigt doch ganz deutlich, dass unser deutsches Energiesystem immer noch stark von fossilen Energieträgern abhängig ist, was die Kosten treibt. Ihre Antwort darauf war jetzt, dass der Euro möglichst nicht weiter fallen sollte, damit die Importe günstig bleiben,

und einige Steuern zu senken. Zu der Notwendigkeit aber, sich vom Problem, von dieser Abhängigkeit zu lösen, haben Sie kein einziges Wort gesagt. Das finde ich echt schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, es ist unstrittig, dass Energiekosten der Inflationstreiber Nummer eins in diesem Lande sind. Man kann es auch anders sagen: Durch jede Pipeline schießen nicht nur Öl und Gas aus Russland und Saudi-Arabien, sondern auch die Inflation nach Deutschland. Dies heißt dann aber, nicht auf Mehr aus diesen Ländern zu setzen, sondern auf Weniger, um unabhängiger zu werden.

Für uns GRÜNE heißt dies ganz deutlich: Wir müssen drei Bereiche umgehend angehen. Das erste Handlungsfeld, das man umgehend angehen muss – das ist ganz entscheidend –, besteht darin, für einen kurzfristigen und schnellen sozialen Ausgleich zu sorgen. Da bin ich bei Ihnen. Jeder muss sich das Leben leisten können; ich würde auch sagen: ein gutes Leben leisten können. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, warum verweigert sich dann aber die CSU dem Ziel, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben? Das ist doch ein erster Schritt, um dieses Ziel zu erreichen. Das haben Sie hier schlechtgeredet. Das ist wirklich nicht hinzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass die neue Regierung den Mindestlohn bereits ab Oktober auf 12 Euro anhebt. Das kommt 6,2 Millionen Menschen in diesem Lande zugute. Das ist richtig. Darauf sind wir gemeinsam stolz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich muss angegangen werden. Darauf hat man sich in Berlin bereits verständigt. Es ist klar, dass wir den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld anheben müssen; anders wird es nicht gehen. Die EEG-Umlage soll nicht mehr über den

Strompreis finanziert werden. Wir sind gerade dabei, es möglich zu machen, sie vielleicht schon in diesem Jahr auslaufen zu lassen, um alle zu entlasten.

Natürlich hebt der CO<sub>2</sub>-Preis die Mietnebenkosten an. Wir haben uns für eine faire Aufteilung dieser Mehrkosten zwischen Vermieter und Mieter eingesetzt, statt die Last allein auf die Mieter zu schieben. Wir haben uns für eine gerechte Aufteilung eingesetzt. Dies wird jetzt gegen die Stimmen der CSU in Berlin umgesetzt. Das entlastet die Menschen in diesem Land.

Ein weiterer Punkt, der auch bereits angekündigt wurde, ist eine Änderung im Energiewirtschaftsgesetz, damit die Menschen nicht so schnell, von heute auf morgen, aus Verträgen hinausgedrängt werden können, sondern dass sie in eine bessere Grundversorgung fallen, dass der Grundversorgungstarif gilt, dass dies einheitlicher geregelt wird. Wir sind auch da dabei. Dies wird in Berlin gerade aufs Gleis gesetzt.

Sie sehen: Das alles sind Maßnahmen, für die eine Unterstützung aus Bayern gut wäre. Das kommt den Menschen in unserem Land zugute, die wenig Gehalt haben, ein geringes Einkommen haben und jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal zu dem Punkt kommen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren. Ich bin überzeugt: Die jetzige Situation verlangt doch eine strategische Antwort, keine kurzfristige Lösung. Eine solche wählen wir für die sozial Benachteiligten. Wir brauchen also eine strategische Antwort. Dies heißt, Abhängigkeiten zu verringern und alternative Energiequellen endlich richtig zu erschließen.

Wir alle sehen immer wieder – ich habe es hier vorne mehrfach erwähnt –: Wenn Wind und Sonne ein gutes Angebot liefern, dann fällt an der Strombörse der Strompreis. Am 20. Januar war das ganz deutlich zu sehen. Letzten Sonntag ist der Strompreis hochgegangen, weil Wind und Sonne kein Angebot geliefert haben, weil der fos-

sile Kraftwerkspark verdammt teuer ist. Diesen wollen wir reduzieren und definitiv nicht weiter ausbauen.

Man kann dies auch anders sagen: Jede neue Windkraftanlage in Bayern senkt den Strompreis. Deshalb wäre es gut, die Windkraft in Bayern voranzubringen, damit in den Regionen Windkraftstrom gewonnen wird und alle Menschen davon profitieren können. Dies wäre gut für den Klimaschutz, gut hinsichtlich bezahlbarer Energiekosten und gut für die Versorgungssicherheit. Zurzeit fordern ja die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und wir GRÜNE gemeinsam Windkraft in Bayern. Wenn Sie schon nicht auf uns GRÜNE hören: Hören Sie auf die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft; sie wünscht sich mehr saubere Energie in unserem Land. Dies sollten wir im Interesse eines starken Wirtschaftsstandortes ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um dieses Ziel zu erreichen, hätte ich mir Unterstützung aus Bayern gewünscht. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung bis 2030 auf 80 % erhöhen, und zwar bei steigendem Strombedarf – das haben Sie angesprochen. Das ist eine Kraftanstrengung. In den letzten 30 Jahren haben wir gerade einmal einen Anteil von 40 % geschafft, und in acht Jahren soll nun on top mehr als in den letzten drei Jahrzehnten zusammen hinzukommen. Da muss Bayern doch mit anpacken und mithelfen, statt die Verantwortung abzuschieben.

Ich würde mir wünschen, dass Sie Ihre ideologisch geprägte Sturheit gegenüber der Windkraft endlich beiseiteschieben und der Windkraft in Bayern eine Chance geben. Ich verspreche Ihnen: Wir werden in Berlin auch dafür sorgen, dass die Regionen, in denen sich Windkraftanlagen befinden, auch vor Ort von den günstigeren Strompreisen profitieren. Das kommt dann auch unserem Land zugute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten in all diesen Bereichen schon deutlich weiter sein, wenn wir nicht 16 Jahre verloren hätten, in denen die Energiewende nicht richtig vorangebracht wurde.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch – da bin ich beim dritten Punkt, der Energieeffizienz –, die Energie effizient einzusetzen. Wir werden in gewissen Bereichen noch fossile Energieträger benötigen; wenn wir sie aber noch benötigen, dann sollen sie so effizient wie möglich eingesetzt werden.

Ich habe heute früh im "Handelsblatt" etwas vom Kollegen Markus Blume gelesen, der sich wahnsinnig darüber aufgeregt hat, dass das KfW-Programm ausgesetzt wird, und zwar fünf Tage, bevor es ausgelaufen wäre. Für die Betroffenen ist es schwierig. Da bin ich bei Ihnen. Aber seien wir doch mal ganz ehrlich: Ich habe gerade von Ihnen hier vorne gehört, dass Sie eine solide Haushaltspolitik möchten, also Geld sinnvoll ausgeben, wenn wir es übersetzen. Wir machen ein Förderprogramm, das wir von Ihrer Regierung geerbt haben – der KfW-55-Standard, der faktisch Standard im Neubau ist. Wenn dafür Förderanträge in Höhe von 14 Milliarden Euro auflaufen bei 20 Milliarden Euro insgesamt, im Bereich "energetische Sanierung" aber nur 2 Milliarden Euro für die Sanierung des Bestandes ausgegeben werden, obwohl dort die Leute die höchsten Heizkosten haben, dann läuft bei diesem Programm etwas falsch. Dann müssen wir das Programm ändern, sodass es denen zugutekommt, die gerade die höchsten Heizkosten haben. Den Bestand sanieren, den Bestand voranbringen hilft den Menschen in Bayern deutlich mehr, als die Förderung rein auf den Neubau zu fixieren. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund ist es gut – da freue ich mich über die neue Bundesregierung –, dass sich bereits jetzt das SPD-geführte Bauministerium und das GRÜN-geführte Wirtschafts- und Klimaministerium mit dem von der FDP geführten Finanzministerium zusammengetan haben und ganz klar gesagt haben: Wir legen ein neues Förderpro-

gramm auf, bei dem jeder Euro die höchste CO<sub>2</sub>-Ersparnis hat, das heißt auch die höchste Energiekostensparnis bei den Mieterinnen und Mietern. Da wollen wir vorankommen.

Wie ist es denn gelaufen? – Nicht mal der Freistaat selber schafft es, seinen eigenen Liegenschaften zu sanieren. Sie wissen doch, wie schwierig das ist! Sie wissen auch: Es ist nicht mal fünf Jahre her, ich glaube, es war noch 2018, dass Sie den Menschen in Bayern nahegelegt haben, eine alte fossile, dreckige Ölheizung durch eine neue fossile, dreckige Ölheizung auszutauschen, und das unterstützt durch Steuergelder. Diese Menschen sind jetzt von fossilen Energieträgern abhängig. Hätten wir damals auf erneuerbare Energien gesetzt, hätten wir den Menschen mehr geholfen. Das wäre deutlich besser gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte zum Schluss zusammenfassend sagen: Für uns ist es klar. Die drei Bereiche müssen angegangen werden: sozialer Ausgleich, wie vorher angesprochen, unabhängiger werden von dreckigen fossilen Energieträgern und dort, wo sie noch benötigt werden, ein effizienterer Einsatz. Wir müssen die Förderinstrumente in diesem Land komplett umbauen, um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen. Ich würde mir wünschen, dass Bayern dabei mitarbeitet, diese gewaltige Herausforderung – sicher eine der größten, vor der wir gemeinsam stehen – anpackt und zeigt, wie es geht. Wir haben so viele innovative Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land. Wir können es packen. Machen Sie bitte mit!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Gerald Pittner für die FREIEN WÄHLER.

**Gerald Pittner (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Preise für Waren und Dienstleistungen sind im Jahr 2021 so stark

gestiegen wie in den letzten 30 Jahren nicht mehr. Im Dezember lag der Preisanstieg für das ganze Jahr bei 3,1 %. Die letzte höhere Inflationsrate war 1993 – Sonderfall Deutsche Einheit – mit 4,5 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Preise um 5,3 % auf den höchsten Wert des Jahres. Eine höhere Inflation mit höheren Preisen schwächt die Kaufkraft von Verbrauchern, weil sie dann für einen Euro weniger kaufen können als zuvor.

Das aus meiner Sicht eigentlich Beunruhigende ist dabei aber nicht nur die Höhe der Inflation, sondern auch, dass sie im ganzen Jahr 2021 von Monat zu Monat gestiegen ist. Wir sind mit 1 % im Januar gestartet und haben mit 5,3 % im Dezember geendet. Die Inflation ist jeden Monat höher gewesen. Dabei haben sich die Kraftstoffe – leichtes Heizöl um 61 % im Vergleich zu 2020, Kraftstoffe 33 % im Vergleich zum Jahr 2020 – überdurchschnittlich verteuert und die Nahrungsmittelpreise – ganz wichtig für ganz viele Leute – ebenso überdurchschnittlich um 6 % verteuert. Da ist natürlich nicht allein der Staat schuld, aber er trägt mit Maßnahmen dazu bei. Wir müssen schauen – das ist unsere Aufgabe als Abgeordnete –, dass die Menschen sich das tägliche Leben, das für viele teuer geworden ist, für ganz viele sogar zu teuer, leisten können.

Warum ist die Teuerung so hoch? – Das liegt an verschiedenen Ursachen, laut den Veröffentlichungen des Bundesamts für Statistik. Es gibt Basiseffekte – vergleichsweise niedrige Preise 2020 aufgrund der Pandemie, die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer –, wir haben Einmaleffekte wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die erst jetzt kommt und noch gar nicht miteinberechnet ist. Das sind alles Sachen, die zwar kurzfristig wirken, aber unter Umständen auch langfristige Auswirkungen haben. Die Deutschen haben nicht ohne guten Grund Angst vor steigenden Preisen. Wir haben das hier in der Vergangenheit schon mal mitgemacht, vor vielen vielen Jahrzehnten, wobei die Zeiten damals andere waren.

Aber ist wirklich das das eigentliche Problem, was ich jetzt beschrieben habe und was die Kollegen vor mir gesagt haben? – Wir haben doch auch grundsätzliche strukturelle

Verschiebungen, mit denen wir rechnen müssen. Wir reden vom Mindestlohn, der erhöht wird. Wir reden davon, dass die Löhne die höheren Preise ausgleichen müssen. Aber verknappt der demografische Wandel durch den Wegfall an Arbeitskräften denn nicht zusätzlich die Arbeitskraft? Die Globalisierung ist auf dem Rückzug. Die Lieferketten reißen, sind schon gerissen oder sind erschwert. Das geht weiter. Damit kann der Inflationsausgleich die stabilisierende Wirkung, die der Außenhandel hat, nicht mehr tragen. Der Kollege Hartmann hat es gerade so schön beschrieben: Der Kampf gegen den Klimawandel kann eine "grüne Inflation" zur Folge haben. Wenn fossile Brennstoffe, Energieverbrauch usw. immer mehr mit höheren Abgaben belegt werden, dann wird das Leben teurer. Ähnliches gilt für im Einzelfall sicherlich völlig notwendige Entscheidungen zugunsten des Tierwohls und von Arten- und Naturschutz. Diese Sachen müssen wir langfristig einkalkulieren. Wir müssen der Wirtschaft die Möglichkeit geben, sich darauf einzustellen.

Das Schlimmste sind die Ausschläge, die wir hier haben. Deswegen fordern wir als FREIE WÄHLER, zu einer soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzukehren, wie wir sie über Jahre und Jahrzehnte bei vergleichsweise guter Preisstabilität hatten. Hier müssen wir auf die EZB einwirken, dass sie ihre unsägliche Finanzpolitik aufgibt und wieder für stabile Preise sorgt. Wir müssen dafür sorgen, dass die kalte Steuerprogression, die in der Inflationszeit noch stärker wirkt als sonst, abgemildert wird und unbillige Härten, die im Einzelfall natürlich auftreten, zum Beispiel bei den Heizölpreisen, abgemildert werden. Noch schlimmer ist es auf dem flachen Land bei der Pendlerpauschale. Man hat in Fladungen keine Möglichkeit, in die U-Bahn zu steigen. Also muss man mit dem Auto fahren. Etwas anderes gibt es nicht. Man kann es sich nicht aussuchen. Da müssen wir eingreifen und kurzfristig etwas machen und die langfristigen Probleme ebenso beseitigen. Das ist eine große Aufgabe. Aber kurzfristige Maßnahmen, die nur heute politische Wirkung erzeugen, brauchen wir hier nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Christian Klingen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Christian Klingen (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Inflation muss bekämpft werden, Lebenshaltungskosten und Energiepreise müssen bezahlbar bleiben. – Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet die CSU dieses Thema jetzt scheinheilig auf die Tagesordnung gesetzt hat, die CSU, die seit 16 Jahren sowohl im Land als auch im Bund mitregiert hat und die Politik Angela Merkels und der EU mitgetragen hat, eine Politik, die davon geprägt war, Deutschland zu zerstören – wirtschaftlich, kulturell und sicherheitspolitisch – und die Politik der EU zu fördern, die zwar mit deutschem Steuergeld fürstlich gepusht hat, deutsche Interessen aber nie im Auge hatte, eher im Gegenteil. Größeren Widerstand konnte ich da vonseiten der CSU nicht erkennen, nicht bei der Euro-Krise, die zulasten unserer Steuerzahler ging, nicht bei den massiven Aufkäufen von Staatspapieren durch die EZB, nicht beim 750 Milliarden Euro schweren Corona-Aufbauplan, nicht beim überstürzten und vollkommen irrationalen Ausstieg aus der Kernenergie oder dem Ausstieg aus der Kohle – von der Asylkrise, die die innere Sicherheit belastet und den Wohnungsmarkt explodieren lässt, gar nicht zu reden. Sie haben das mitgetragen und mitverursacht.

Jetzt, wo die Umfragewerte dahinschmelzen wie Butter in der Sonne, fällt Ihnen die Melkkuh Steuerzahler ein, die man ein bisschen tätscheln muss, fällt Ihnen der Steuerzahler ein, der die höchsten Strom-, Gas- und Benzinpreise in der EU zahlt und dafür die niedrigsten Renten bekommt und über das geringste Vermögen verfügt. Zur Erinnerung: Im Jahr 2005, als die Merkel-Regierung mit Unterstützung der CSU startete, kostete ein Liter Super im Schnitt 1,07 Euro. Heute sind wir bei 1,70 Euro und mehr. Ihre Krokodilstränen können Sie sich daher sparen. Nachdem die Menschen im Land immer schwerer eine bezahlbare Wohnung finden, wird jetzt auch noch das Heizen zum Luxusartikel. Das betrifft nicht nur Geringverdiener, Rentner und Hartz IV-

Empfänger, sondern zunehmend auch die Mittelschicht, die sich inzwischen mit einer Inflationsrate von 5,5 % herumschlagen muss.

In Bayern liegt der Strompreis mittlerweile bei rund 38 Cent, in Frankreich bei ungefähr der Hälfte. Zum drastischen Preisanstieg bei Lebenshaltungs- und Energiekosten kommt die Nullzinspolitik, die mühsam Erspartes sukzessive aufzehrt. Während unsere europäischen Nachbarländer die Steuern auf Energie senken, um den Preisanstieg für Bürger erträglicher zu machen – Ungarn etwa hat den Benzinpreis auf 1,35 Euro eingefroren, Italien will Haushalte mit drei Milliarden Euro bei ihrer Strom- und Gasrechnung unterstützen –, dürfen sich abgezockte Bundesbürger damit trösten, europaweit die größten Wohltäter zu sein. Wir zahlen Franzosen, Italienern und Griechen die üppigen Renten und einer unfähigen Politikerkaste den hypermoralischen Größenwahn, mit deutschem Steuergeld in aller Welt um sich zu werfen.

(Zuruf)

Die AfD-Fraktion hat während der Winterklausur unter dem Titel "Energie für Bayern: Günstig, sicher und technologieoffen" ein fundiertes Konzept für eine zukunftsfähige Energiepolitik vorgelegt. Es zielt darauf ab, das energiepolitische Dreieck wiederherzustellen, nämlich: Energieversorgung zu sichern, Strom-, Wärme- und Mobilitätskosten zu senken sowie Technologieoffenheit und Umweltfreundlichkeit der Energiewirtschaft zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir den Weiterbetrieb der bayerischen Kernkraftwerke, zudem zukunftsorientiert den Neubau von Kraftwerken der vierten Generation und eine Forschungsförderung auf den Gebieten der Kernfusion, Energiegroßspeicher und synthetischer Kraftstoffe.

Strom- und Energiesteuern sind auf das EU-Minimum zu reduzieren und die Umsatzsteuer auf Energieträger zu senken. Für private Haushalte soll die Umsatzsteuer für Strom deutlich reduziert und die Pendlerpauschale erhöht werden. Der AfD-Antrag vom 26.10.2021, die Pendlerpauschale auf 40 Cent zu erhöhen, wurde von Ihnen aber wieder abgelehnt. Jetzt fordern Sie das auf einmal. So freut es mich zu sehen, dass

unser geschätzter Herr Ministerpräsident unsere Anträge mittlerweile übernommen und sie sich zu eigen gemacht hat. Schneller ginge es natürlich, wenn Sie unseren Anträgen gleich zustimmen würden.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Klingen, herzlichen Dank für die Selbsterkenntnis. Sie haben von korrupter Politikerkaste gesprochen; das ist das erste Mal, dass ich von der AfD Selbstkritik höre; aber egal, es geht um ein anderes Thema.

Wir als SPD wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger genug Geld in der Tasche haben. Wir wollen keine Preissteigerungen, die die hart arbeitenden Menschen in diesem Land belasten. Deswegen tun wir etwas dagegen. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und Herr König, erinnern mich ein bisschen an Fußballspieler, die wegen schlechter Leistung bei der letzten Bundestagswahl ausgewechselt worden sind und jetzt am Spielfeldrand stehen und schimpfen. Sie sollten sich vielleicht noch einmal überlegen, ob das das richtige Verhalten ist.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Was schreiben Sie in Ihrer gestrigen Pressemitteilung? – Sie wollen als Mittel gegen Preissteigerungen einen höheren Sparerfreibetrag für Kapitalerträge und Steuerfreiheit für Aktienanlagen. – Was hat das mit den Strom- und Gaspreisen zu tun? Und was ist mit den Menschen, die keine Aktien oder kein Sparguthaben haben, Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und Leistung bringen – egal, ob als Polizisten, Busfahrer, als Krankenpfleger oder Kassierer? Ich weiß auch nicht, ob Sie mitten in der Corona-Krise ernsthaft an der Zinsschraube drehen und damit das Wachstum abwürgen und Arbeitslosigkeit produzieren wollen. Wem wäre damit geholfen?

(Beifall bei der SPD)

Jetzt geht es doch darum, den Menschen, die hart von den Preissteigerungen betroffen sind, möglichst schnell zu helfen. Darum geht es zumindest uns. Deswegen handeln wir und erhöhen den Mindestlohn auf 12 Euro. Das hilft den Menschen wirklich.

(Beifall bei der SPD)

Davon werden rund eine Million Menschen in Bayern profitieren. Wir setzen durch, dass Deutschland als Staat nur noch Aufträge an Firmen vergibt, die nach Tarif – also deutlich besser – bezahlen, damit die Menschen mehr Geld in der Tasche haben. Das Gleiche wollen wir für den Freistaat Bayern. Sie sind herzlich eingeladen, unserem Tarifreuegesetz zuzustimmen, wenn wir es hier bald wieder zur Abstimmung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich kümmern wir uns um die Menschen, die stark unter den gestiegenen Energiepreisen leiden; denn wenn es um die Bekämpfung der steigenden Preise geht, dann ist die Deckelung der Energiepreise das Wichtigste. Deswegen werden wir als Ampelkoalition die EEG-Umlage abschaffen. Das entlastet jeden einzelnen Haushalt und jede Familie in Deutschland im Durchschnitt um 300 Euro.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns in der Koalition auch sehr einig darüber, dass wir das rasch auf den Weg bringen wollen. Wir werden den Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher deutlich erhöhen. Je mehr Menschen im Haushalt leben, desto höher wird er sein. Wir werden das Geld für die Bezieherinnen und Bezieher von sozialen Leistungen steigern, vor allem für Familien mit Kindern; und das schon, bevor die Kindergrundsicherung kommt.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem prüfen wir direkte Zuschüsse und Erleichterungen für Haushalte als Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten. Ich bin mir sicher, dass wir hier in der Ampel auch eine gute Lösung finden. Was uns übrigens aus Klimaschutzgründen, aber eben auch aus sozialen Gründen besonders wichtig ist: Wir werden die Energiewende massiv beschleunigen. Es gibt nämlich einen Zusammenhang zwischen den hohen Energiepreisen und den Versäumnissen bei der Energiewende, die wir vor allem der ständigen Blockade durch Sie, durch die CDU/CSU, zu verdanken haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen uns einmal Folgendes erklären: Wie passt es zusammen, dass Sie auf der einen Seite die günstigste Form der Energieerzeugung, die Windkraft, hier in Bayern ausbremsen und blockieren, auf der anderen Seite aber über hohe Energiepreise klagen? In den Siebzigerjahren haben wir eine massive Inflation erlebt, weil die arabischen Staaten an der Ölpreisschraube gedreht haben. Heute erleben wir das Gleiche mit Erdgas – auch, weil Russland seine Interessen durchsetzen will. Wir haben daraus die richtigen Lehren gezogen: Die Energiewende ist für uns als SPD nie nur die Möglichkeit gewesen, aus der Atomkraft auszusteigen und den notwendigen Klimaschutz zu betreiben; sie macht uns auch unabhängig von Monopolen.

(Beifall der SPD)

Wenn wir also kostengünstige Energiequellen wie die Windkraft ausbauen, dann sind wir nicht nur weniger abhängig, sondern senken damit auch die Energiepreise. Das ist gute Politik.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir belassen es in der Ampelkoalition nicht dabei. Wir belassen es nicht dabei. Wir werden in Zukunft auch die Verbraucher noch besser schützen. Es kann und darf nicht sein, dass Menschen im reichen Deutschland ihre Wohnung nicht mehr heizen

können oder keinen Strom mehr bekommen. Wir werden als Regierung in Berlin die Menschen besser vor Kündigungen durch Strom- und Gasversorger schützen.

(Beifall bei der SPD)

Wie das geht, sieht man dort, wo wir regieren, zum Beispiel in München. Dort gibt es schon lange – seit 2006 – eine Vereinbarung mit den Stadtwerken zur Vermeidung und Behebung von Energiesperrungen. Eben erst hat der Stadtrat einen unbürokratischen und schnellen Energiekostenzuschuss für Bürger mit geringem Einkommen beschlossen. Das zeigt: Wir machen soziale Politik für die Menschen. Das macht den Unterschied zwischen Reden und Handeln. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Inflation, zumindest eine hohe Inflation, muss bekämpft werden. Darüber sind wir uns alle einig; das steht außer Frage. Aktuell haben wir Inflationsraten, die deutlich über den 2 % liegen, die die EZB als Zielgröße ausgegeben hat. Man könnte durchaus darüber diskutieren, woher diese 2 % kommen. Man könnte sagen: Preisstabilität liegt bei 0 %. Dann gab es einmal eine Obergrenze von 2 %. Inzwischen nimmt man diese 2 % als Durchschnittsgröße. Das ist aber eine separate Diskussion.

Wie geht man am besten vor? – Natürlich muss die EZB erst einmal einen Beitrag leisten; das wird sie auch tun, weil der Druck täglich höher wird. Schauen wir aber einmal die Lage bei uns an. Was hat eigentlich die vorherige Bundesregierung getan, um dieser abenteuerlichen Politik des billigen Geldes entgegenzutreten? – Sie hat das eine oder andere Mal die EZB lauthals kritisiert und öffentlich ein bisschen Stimmung gemacht. Das war es aber auch. Wenn man also schon bei der EZB nichts ausrichten kann, dann hätte man wenigstens mit dem billigen Geld sinnvoll umgehen sollen. Das

ist auch nicht passiert. Diese verschlafenen Jahre darf die Ampel jetzt tatsächlich ausbaden.

(Beifall bei der FDP)

Der Staat kann und muss einen wichtigen Beitrag leisten, ganz ohne Frage. Es ist auch klar, dass die Verantwortung dafür vor allem auf der Bundesebene liegt; denn Steuern und ähnliche Preistreiber sind erst einmal ein Bundesthema. Es ist aber heute schon teilweise angeklungen: Die Bundesregierung und die Ampelkoalition wollen dazu auch einiges tun. Christian Lindner hat gemeinsam mit seinen Kabinettskollegen auch schon angekündigt, was wir da alles an Maßnahmen haben. Die EEG-Umlage ist schon mehrfach angesprochen worden. Auf Drängen der FDP wird sie vielleicht sogar schon in diesem Herbst und nicht erst im nächsten Jahr abgeschafft. Wobei man sich bei der ganzen Diskussion hier immer wieder fragt: Warum ist dieses Problem eigentlich in den letzten drei Monaten entstanden? – Das kann doch gar nicht sein. Das muss doch viel früher entstanden sein, aber niemand hat etwas gemacht. Die frühere Bundesregierung hätte sehr wohl Möglichkeiten gehabt, hier einzugreifen. Wir reden hier über eine milliardenschwere Entlastung für die Bürger und für die Unternehmen.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt natürlich insbesondere auch für den zweiten Punkt. Ich glaube, das ist schon angesprochen worden. Die Empfänger von Wohngeld sollen auch durch einen Heizkostenzuschuss entlastet werden. Es sind auch andere Dinge und Entlastungen dabei wie der Sparer-Pauschbetrag für Singles und für Zusammenveranlagte oder die Erhöhung des Ausbildungsfreibetrages. Auch das Alterseinkünftegesetz wird insofern geändert, als eine doppelte Besteuerung in jedem Fall vermieden wird. All diese Dinge helfen dabei, das Hochsteuerland wieder etwas zurückzuführen. Das Hochsteuerland ist nämlich auch ein Teil des Beitrags zur Inflation. Auch das muss man ganz klar sagen.

Der sechste Punkt: Das Corona-Steuer-gesetz. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Es geht um die Entlastung von Tausenden von Unternehmen. Da gibt es schon sehr viele, die sich dafür schon bedankt haben. Sie sagen, jetzt haben wir die Möglichkeit, die Dinge so abzufangen, wie das betriebswirtschaftlich auch sinnvoll ist.

Kommen wir aber zu dem Punkt davor zurück. Ein Großteil davon – und hier wende ich mich insbesondere an Sie, liebe Vertreter von der CSU – sind Maßnahmen, die man schon in den letzten 16 Jahren hätte umsetzen können. Passiert ist aber gar nichts. Was haben Sie denn in den letzten 16 Jahren gemacht? Und dann habe ich vorhin tatsächlich noch so etwas gehört wie: die Steuerprogression abbauen. Ja, was haben wir denn schon die ganze Zeit gefordert? – Das fordern wir doch schon seit Jahren. Es ist aber nichts passiert, das ist bloß immer begrüßt worden.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt, vier Monate nach der Wahl, soll die neue Ampel-Regierung alles beseitigen; sie ist jetzt offensichtlich schuld. Hohe Stromkosten und wachsende Belastungen, die Sie heute wortreich dargestellt haben, sind definitiv keine Probleme, die von der Ampel stammen. Die CSU war 16 Jahre lang Mitglied der Bundesregierung. Sie hat Minister gestellt wie beispielsweise Herrn Scheuer, der allein eine halbe Milliarde Euro zu verantworten hat. Was hätte man mit diesen Mitteln doch alles machen können!

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein Wortspiel: Kaum ist die Union nicht mehr in der Regierungsverantwortung, ruft sie nach Inflationsbekämpfung. – Das ist wirklich zu billig.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Sandro Kirchner für die CSU-Fraktion.

**Sandro Kirchner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Aktuellen Stunde haben wir die erste Rednerrunde der Parteien abge-

schlossen. Nachdem alle Vertreter der Regierungsparteien in Berlin gesprochen haben, können wir feststellen: Die Ampel ignoriert die Energiepreisspirale völlig.

(Unruhe)

Sie verweigern eine schnelle Entlastung. Sie lassen Familien, Rentner und Unternehmen im Stich. Sie kümmern sich nicht um die Gasversorgung. Herr Hartmann, als ich Ihnen zugehört habe, musste ich feststellen: Sie haben das Thema verfehlt. Heute ist nämlich Inflation das Thema und nicht der KfW-Förderantrag. Den haben Sie über Nacht abgebrochen und eliminiert. Damit lassen Sie schon wieder die Familien und die Menschen im Stich, aber das ist eine andere Debatte.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich die aktuellen Medienberichte verfolge und die Vertreter der Ampel-Parteien höre, dann höre ich immer nur: Wir diskutieren. Wir denken nach. Wir wollen. – Ich stelle aber fest: Sie machen eben nichts. Wenn die Bundesregierung aber nichts macht, dann steuern wir auf gerader Linie in eine Energiekrise. Das ist aber fatal für die Menschen in diesem Land. Das ist eine Katastrophe für die Menschen hier im Land, Herr von Brunn. Was machen Sie als SPD denn für die Pendler im ländlichen Raum, bei den Spritkosten, für die Mütter, die ihre Kinder zum Fußballtraining ins nächste Dorf fahren, die in die Apotheke wollen, um dort vielleicht einen Test zu machen? Packen Sie doch einmal das Thema Pendlerpauschale an!

(Unruhe bei der SPD)

Was machen Sie gegen die Stromkosten? Es sind mittlerweile die teuersten weltweit. Eine dreiköpfige Familie, so kann man nachlesen, bezahlt im Durchschnitt rund 400 oder 500 Euro mehr. Das ist eine Belastung, die für kleine Familien nicht mehr hinnehmbar ist. Bei den Heizkosten sind gerade die Rentner, die Familien und die Mieter betroffen. Wir haben gestern eine sehr spannende Sendung gehabt. Dabei sind die Ampel-Parteien gar nicht gut weggekommen. Momentan frieren zwei Millionen Men-

schen, weil sie überlegen, ob sie es sich leisten können zu heizen, ob sie das Geld dazu haben und generell die notwendigen Lebenshaltungskosten bestreiten können.

(Unruhe)

Das ist aber auch für die Wirtschaft katastrophal, aber keiner von Ihnen hat bislang die Wirtschaft angesprochen. Die aktuelle Situation ist für den Wirtschaftsstandort fatal.

(Unruhe)

Die hohen Betriebskosten sind schlecht für die Wettbewerbsfähigkeit. Die hohen Betriebskosten für die energieintensiven Unternehmen – –

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Hartmann, zu Ihnen komme ich gleich. Für Gas, Zement, Düngemittel, Stahl, Glas und für die Chemieindustrie sind die Kosten enorm. Gestern wurde folgendes Beispiel genannt: BASF in Ludwigshafen benötigt so viel Strom wie ganz Dänemark in Summe. Wenn ich dann aber Ihr Credo zur Energiewende höre, zur Windkraft und zur 10-H-Regel, die in den Vordergrund zu stellen Sie heute vergessen haben, dann zeigt das einmal mehr, dass Sie noch gar nicht verstanden haben, vor welchem Hintergrund Ihre Energiewende stattfindet. Wir brauchen für jedes Windrad, das Sie in Bayern oder in Deutschland aufstellen, Gasreservekapazitäten. Womit aber laufen die Gaskraftwerke? – Mit Gas. Also hat der Gaspreis auch einen enormen Einfluss auf den Strompreis.

(Unruhe)

Gestern hat Herr Trittin eindrucksvoll zugeben müssen, dass er bei seinem Beispiel von einer Kugel Eis, die eine Familie pro Monat für den Strompreis mehr zahlen soll, auf elf Kugeln erhöhen musste.

Natürlich ist das eine Situation, Herr Kaltenhauser, die nicht die letzten 16 Jahre reflektiert. Es ist vielmehr eine aktuelle Situation, die auf pandemischen Gründen ba-

siert, aber auch geopolitische Gründe hat. Wir fordern an dieser Stelle deshalb ganz klar, dass Ihrem Handeln die Entlastung von einkommensschwachen Menschen zugrunde liegen soll. Das haben Sie schon getan.

(Unruhe)

Wir fordern die Reduzierung der Energiesteuern, insbesondere aber die Senkung der Mehrwertsteuer. Bei uns ist das nicht möglich. Wir debattieren und überlegen. In anderen Ländern ist sie aber schon längst reduziert worden. Die Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, die Abschaffung der EEG-Umlage, das brauchen wir jetzt und nicht erst im Herbst. Sie stellen sich hin und sagen, wie toll Sie sind. Im Herbst aber hat das keinen Einfluss auf den Strompreis im Jahr 2022.

(Unruhe)

Das kommt viel zu spät für die Menschen. Sie verpennen die aktuelle Situation, wenn ich das einmal so sagen darf.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen einen europäischen Industriestrompreis, weil die Wettbewerbsfähigkeit schon jetzt nicht mehr gegeben ist. Gerade die Energiewende lässt für die Zukunft Dramatisches befürchten. Redundante Gaslieferungen und eine Gasversorgung sind notwendig, ebenso der ganz schnelle Umstieg auf Wasserstoff, damit wir die Klimaneutralität, die Sie doch alle wollen, auch herstellen können.

Die Europäische Zentralbank muss endlich reagieren. Sie mit Ihrem Bundeskanzler an der Spitze müssen auf die Europäische Zentralbank, auf die EU einwirken. Im "Handelsblatt" war jetzt zu lesen, dass die EZB zugegeben hat, die Energiepreise total falsch eingeschätzt zu haben. Deswegen reagiert sie jetzt an dieser Stelle auch viel zu spät.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Ampel, wie gesagt, in der Zeitung steht: Wir diskutieren. Wir denken nach. Wir wollen. – Ich aber denke, "können" hängt mit "wollen" zusammen. An Ihre Adresse, liebe Vertreter der Bundesregierung, will ich sagen: Machen, das ist viel krasser.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt zwei Vertreter der CSU gehört. Ich habe genau hingehört, aber ich habe keine Vorschläge vernommen. Von Ihnen ist nichts vorgetragen worden. Sie waren 16 Jahre lang in Berlin mit in der Regierung. Aber das Einzige, das Ihnen zu diesem System einfällt, das Sie über Jahre hinweg verkorkst haben, bei dem wir jetzt einen Scherbenhaufen haben, besteht darin, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Alle Energiesteuern sollen weg. – Das ist das Einzige, was Sie heute wirklich gesagt haben. Das ist aber mehr als billig!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Herr König, was mich wirklich schockiert hat, war Ihre Aussage zur Importabhängigkeit. Sie haben aufgezeigt, dass wir 50 % unseres Gases aus Russland beziehen. Nach dieser Importabhängigkeit sollte politisch gehandelt werden. – Was heißt denn das im Umkehrschluss? Heißt das jetzt, dass wir uns immer stärker in Abhängigkeiten begeben sollen und dass wir keine Initiativen ergreifen sollen, da rauszukommen? Heißt das, dass wir uns für immer von Staaten wie Russland abhängig machen sollen? Ist das Ihr Ziel? Ist das Ihre Politik? Genau das haben wir in den letzten Jahren gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Kollege Ludwig Hartmann hat schon erwähnt, dass die Strompreise immer dann, wenn der Strom durch erneuerbare Energien erzeugt wird, runtergehen. Wenn dagegen die Gaskraft sehr stark benötigt wird, dann ziehen die Preise an. Herr Kirchner, es ist eben nicht so, dass wir für jedes Windrad auch noch ein Gaskraftwerk brauchen. Es ist umgekehrt: Wenn wir hier in Bayern die Windkraft ausbauen, dann reduzieren wir damit die Einsatzzeiten der Gaskraftwerke. Damit reduzieren wir die Strompreise. Es ist ein Witz, dass genau die beiden Abgeordneten der CSU, die sich vehement für den Bestand der 10-H-Regel einsetzen und maßgeblich gegen die Windkraft kämpfen, heute dafür plädieren, die Energiepreise niedrig zu halten. Das ist wirklich ein Witz!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rolle Bayerns ist deswegen problematisch, weil wir einen unglaublich hohen Energiesaldo haben. Unser Importbedarf steigt ständig. Wir brauchen teure Kraftwerke. Damit verursachen wir deutschlandweit sehr hohe Strompreise. Deswegen sind Strompreiszonen im Gespräch.

Zum sozialen Ausgleich: Wir brauchen natürlich kurzfristige, aber auch mittel- und langfristige Maßnahmen. Die kurzfristigen Maßnahmen wurden bereits von meinen Kollegen Hartmann und vom SPD-Kollegen von Brunn aufgezählt: Klimageld, Heizkostenzuschuss, Drittelmodell, CO<sub>2</sub>-Preisauflage zwischen dem Mieter und dem Vermieter, Absenkung der EEG-Umlage, beginnend am 1. Januar dieses Jahres und möglicherweise vollständig zum Juli 2022. Darüber hinaus sollen die Stromsteuer und der Mindestlohn reformiert werden. Bei diesen Themen haben Sie in den letzten Jahren nichts getan. Jetzt ist das die Politik der neuen Ampel-Regierung. Sie haben diese Themen verpennt.

Wir brauchen aber nicht nur kurzfristige, sondern auch mittel- und langfristige Maßnahmen. Wir brauchen eine Abkehr von den fossilen Energieträgern und müssen zu mehr Energieeffizienz kommen. Mir liegt es wirklich am Herzen, dass Bayern hier seine Hausaufgaben macht. Sie und vor allem Herr Aiwanger von den FREIEN WÄH-

LERN haben das 10.000-Häuser-Programm zerschossen. Wir haben für die Bestandsanierung, mit der die Heizkosten wirklich gesenkt werden könnten, kein Förderprogramm. Jetzt ist nichts mehr da. Das ist wirklich eine traurige Bilanz der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch kurz etwas zum Thema des liberalisierten Strommarktes sagen. Diese Liberalisierung haben Sie immer stärker vorangetrieben. Heute stellen Energielieferanten einfach ihre Lieferungen ein. Die Kunden stehen dann einfach im Regen. Das sind die Nachteile der Liberalisierung. Sie haben hier keine Leitplanken eingezogen, sondern blind auf diese Liberalisierung gesetzt. Herr König, Sie haben richtigerweise gesagt, dass die Energieversorgung zur Daseinsvorsorge gehöre. Das bedeutet aber, dass hier nicht alles liberalisiert werden kann. Wir brauchen ein durchschaubares System. Das jetzige System ist nicht mehr durchschaubar. Wir haben Messstellenbetreiber, Netzbetreiber, Speicherbetreiber, Energielieferanten und Energiedienstleister. Keiner weiß mehr, was, wie und wo.

Dieses System haben Sie geschaffen. Aus diesem System müssen wir jetzt raus. Sie wollen jetzt bei diesem verkorksten System zwei bis drei Schnellschüsse machen. Das ist wirklich mehr als ein Witz. Sie haben diese Situation verschuldet. Wir brauchen jetzt definitiv mehr als Schnellschüsse. Was Sie heute geliefert haben, ist purer Populismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im letzten Satz möchte ich unsere konstruktiven Lösungsvorschläge nennen: Wir müssen den sozialen Ausgleich vorantreiben. Wir brauchen mehr erneuerbare Energie und mehr Energieeinsparung, wir brauchen mehr Energieeffizienz für mehr Klimaschutz, für mehr Wertschöpfung, für mehr Versorgungssicherheit und für niedrige Energiekosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das war ein sehr langer Satz. – Als Nächster spricht Herr Kollege Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bereits mehrfach angekungen: Die Kosten für Energie sind in den letzten Wochen und Monaten auf immer neue Rekordstände angestiegen. Wir erleben weltweit eine Kostenexplosion, vor allem bei Gas, Öl und den Kraftstoffen. Auch die Strompreise gehen durch die Decke. Diese Entwicklung ist alarmierend, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir in Deutschland die höchsten Preise weltweit haben. Und die Preisspirale dreht sich kräftig weiter. Ein zusätzlicher Faktor ist hier die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die seit Beginn des Jahres 2022 in eine neue Runde gegangen ist. Die Inflationsrate ist teilweise um über 5 % gestiegen. Ich denke, die Grenze der Belastbarkeit ist jetzt erreicht!

Der Preisschock schadet den Menschen, er schwächt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, und er erhöht den Inflationsdruck. Die Maxime der FREIEN WÄHLER war es deshalb schon immer: Die Energieversorgung muss nicht nur sicher, umwelt- und klimafreundlich sein, sondern auch sozialverträglich und bezahlbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies gilt für unsere Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für unsere Wirtschaft, den Mittelstand und allen voran die energieintensive Industrie. Meine Damen und Herren, die Kosten müssen nun dauerhaft sinken, damit unsere Unternehmen nicht existenziell gefährdet werden und international weiterhin wettbewerbsfähig und unabhängig bleiben. Deshalb fordern wir erneut und eindringlich die Einführung eines EU-weiten Industriestrompreises. Dieser dient der Entlastung des gesamten im internationalen Wettbewerb stehenden produzierenden Gewerbes.

Ich füge hinzu: Es gilt auch, die Risiken von Carbon Leakage abzuwenden. Wir müssen verhindern, dass unsere Spitzenunternehmen wegen wettbewerbsschädlicher Vorgaben ihren Standort ins Ausland verlagern. Aus aktuellem Anlass möchte ich feststellen: Es gilt auch, Unsicherheiten auf der europäischen bzw. der weltpolitischen Bühne zu vermeiden. Wir müssen für Entspannung sorgen. Wir müssen es diplomatisch und strategisch verhindern, dass Krisenherde eskalieren, da dadurch die Versorgungssicherheit gefährdet und die Preisspirale weiter nach oben gedreht werden könnten. Hier besteht seitens des Bundes und der EU dringender Handlungsbedarf.

Wir brauchen also eilig eine spürbare Entlastung für unsere Wirtschaftsunternehmen, aber auch für unsere Privatverbraucher, insbesondere in strukturell schwachen Gebieten, im ländlichen Raum sowie für Menschen mit geringem Einkommen. Besonders die staatlich indizierten Anteile der Energiepreise müssen reduziert werden. Allein der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen an den Energiepreisen liegt bei über 50 %. Deshalb fordern wir eine zielführende Senkung der Stromsteuern auf das EU-rechtlich zulässige Mindestmaß. Das wäre auch ein Anreiz für die Elektrifizierung in den Sektoren Industrie, Wärme und Verkehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir fordern ebenso, reduzierte Mehrwertsteuersätze für die Energie zumindest zu prüfen. Außerdem muss die EEG-Umlage abgeschafft werden. Aus Berlin kam dazu ein gutes Signal. Lieber Herr von Brunn, diese Abschaffung sollte aber nicht erst 2023 erfolgen, sondern jetzt. Herr Kirchner hat das ausdrücklich unterstrichen. Jetzt ist der Zeitpunkt zum Handeln!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die hohen Energiepreise haben auch eine enorme soziale Brisanz. Für uns gilt es, den Wohlstand und den Lebensstandard beizubehalten und nicht zu gefährden. Deshalb wirkt die Staatsregierung über den Bundesrat darauf hin, neben Steuersenkungen auch Heizkostenzuschüsse und Einmalzahlungen zu ermöglichen, um die Belas-

tungen abzufedern. Herr Kollege Hartmann und Herr Kollege Stümpfig, ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit zu einer Nachfrage nutzen: In Wahlkampfzeiten haben Sie vollmundig Klimagelder angepriesen. Sagen Sie mir bitte, wo die geblieben sind. Ich habe davon nichts mehr gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch sagen: Es gilt, das Wildwest zwischen den Stromgrundversorgern und den Discountern zum Schaden der Verbraucher schnellstmöglich abzustellen. Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben gute Vorschläge vorgelegt, um die explodierenden Energiekosten einzudämmen. Herr Stümpfig, ich hoffe, dass Sie jetzt unsere Vorschläge auch mitbekommen haben. Unsere Kernaufgabe schlechthin ist es, die Energiewende schnell zu vollziehen und die erneuerbaren Energien auszubauen. Sie sind der Schlüssel für unsere Versorgungssicherheit.

Meine Damen und Herren, Ökologie und Ökonomie müssen versöhnt und in Einklang gebracht werden, immer unter dem Aspekt der sozialen Verträglichkeit. Gestatten Sie mir den Schlusssatz: Jetzt ist es höchste Zeit zum Handeln. Meine Damen und Herren, Sie sind hier in der Ampel-Regierung und im Bund gefordert. Zünden Sie endlich den Turbo, und legen Sie Ergebnisse zum Wohle der Menschen und der Wirtschaft in unserem Lande vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Thomas Huber.

**Thomas Huber (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, dass wir dieses Thema heute in den Vordergrund unserer Beratungen stellen; denn bei der ganzen Diskussion um Inflation und steigende Lebenshaltungskosten dürfen wir die Menschen, die deren Auswirkungen ganz besonders spüren, nicht aus dem Blick verlieren. Hohe Inflationsraten belasten nicht nur

Menschen mit vielen Ersparnissen, sondern vor allem Haushalte mit mittlerem und insbesondere mit geringem Einkommen. Das sind Langzeitarbeitslose, Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe oder Wohngeld, Rentnerinnen und Rentner oder sonstige Personen mit niedrigem Einkommen. Vor allem diese Personen sind derzeit von hohen und schnell steigenden Kosten für Strom und Heizenergie überproportional stark betroffen. Wir haben allein im Dezember im Vergleich zum Vorjahr eine Preissteigerung von 18,3 %.

Diese Personen verfügen in der Regel nicht über Vermögen oder Sparguthaben, um steigende Preise einfach einmal so ausgleichen zu können. Auch für diese Haushalte müssen aber die Heizkosten und auch die sonstigen täglichen Ausgaben wie etwa für Wohnen leistbar bleiben. Gerade jetzt im Winter können Heiz- und Energiekosten für viele Familien zum Problem werden.

Ganz unabhängig davon: Viele Menschen in Bayern – auch aus dem Mittelstand – haben jahrzehntelang hart gearbeitet, um sich Vermögen und Sparguthaben aufzubauen. Diese Lebensleistung darf nicht durch eine zu hohe Inflation entwertet werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Über die Gründe hat der Kollege Alex König gesprochen.

Herr Stümpfig, ich hoffe, Sie haben vorhin aufgepasst. Kollege König hat übrigens nicht gegen den Mindestlohn gesprochen. Wir sind für den Mindestlohn. Er hat nur objektiv darauf hingewiesen, dass dessen Erhöhung auch die betroffenen Preise erhöhen wird. Das ist die Realität; die darf man wohl auch ansprechen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, wir müssen bei dieser Debatte natürlich vor allem die Empfänger von Sozialleistungen in den Blick nehmen; wir müssen insbesondere die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Sozialhilfe erhalten.

Liebe Kollegen Stümpfig, von Brunn und Hartmann, was die Kosten für Heizung anbelangt, müssen Sie vielleicht noch einmal nachlesen. Die Jobcenter bzw. die Sozialämter übernehmen die tatsächlichen Kosten, soweit diese angemessen sind, also kein unangemessenes Heizverhalten festzustellen ist. Sind gestiegene Heizkosten also auf allgemeine Preissteigerungen bei der Heizenergie zurückzuführen, werden die gestiegenen Kosten von den Jobcentern und Sozialämtern auch tatsächlich übernommen. Für die Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe besteht insoweit also kein finanzieller Mehraufwand.

Differenziert wird aber bei den Stromkosten. Die Haushaltsenergie – also Strom- und Gaskosten zum Kochen oder für den Betrieb sonstiger Elektrogeräte – fällt unter den sogenannten Regelbedarf. Der monatliche Regelbedarf wird anhand der durchschnittlichen Verbrauchsausgaben einkommensschwacher Haushalte aber nur alle fünf Jahre ermittelt. Deshalb können kurzfristige Schwankungen bei den Strom- und Gaskosten im Regelsatz nicht zeitnah abgebildet werden.

Dasselbe gilt übrigens auch für Lebensmittel. Hier sind die Kosten seit Anfang 2019 um gut 7 % gestiegen. Wenn man als Sozialhilfeempfänger für Lebensmittel nur 156 Euro im Monat zur Verfügung hat, dann trifft einen das schon ziemlich hart.

Lieber Ampelkoalitionäre, es ist Ihre Aufgabe, diese Mehrkosten auszugleichen.

(Zuruf)

Lieber Herr Stümpfig, ich hoffe, Sie haben vorhin zugehört. Hier ein weiterer Vorschlag: Die Bundesregierung muss hier dringend einen einmaligen Zuschuss bzw. eine einmalige Sonderzahlung auf den Weg bringen, vor allem um die stark und schnell steigenden Energiepreise auszugleichen.

Wichtig ist dabei, dass die Sonderzahlung nicht nur für die Bezieher von Grundsicherung und Sozialhilfe geleistet wird, sondern auch für Geringverdienende, deren Einkommen knapp über dem Existenzminimum liegt und die deshalb ohne Grundsiche-

rungsleistungen auskommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Geringverdienende dürfen nicht benachteiligt werden; deshalb müssen auch Wohngeldbezieher und Bezieher von Kinderzuschlag einbezogen werden.

Wir hoffen, dass die Bundesregierung endlich ihrer Verantwortung gegenüber sozial Schwächeren nachkommt.

(Unruhe)

Liebe SPD, liebe FDP, liebe GRÜNEN, kommen Sie Ihren großmundigen Versprechen, die wir auch heute wieder vom Kollegen von Brunn gehört haben, jetzt endlich auch einmal nach! Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen! Lassen Sie diese Menschen nicht länger im Stich! Handeln Sie einfach genauso schnell wie bei der Nacht- und Nebelaktion, in der Sie den Genesenenstatus von sechs auf drei Monate verkürzt haben, bei den Bundestagsabgeordneten aber sechs Monate beibehalten haben. Meine Damen und Herren, tun Sie im Deutschen Bundestag etwas für die sozial Schwächeren und nicht nur etwas für sich selber!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner – auch für die CSU – ist der Kollege Steffen Vogel.

**Steffen Vogel (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte zur Debatte eigentlich nichts mehr beitragen, mache das jetzt aber trotzdem, weil sich Herr Stümpfig so geäußert hat, dass wir keinen Vorschlag gebracht hätten, außer dem, Energiesteuern wieder abzuschaffen. Das ist einfach falsch.

Man muss den Antrag komplett lesen. Ich bringe zwei Beispiele.

Das eine Beispiel betrifft die Steuerfreiheit von Lebensversicherungsverträgen. Zu dieser Änderung kam es im Jahr 2004. Menschen zahlen in die Altersvorsorge. Damals gab es eine andere Inflationsrate. Jetzt haben wir die Verwaltungskosten der Versiche-

rer, die Steuerlast und die Geldentwertung durch die EZB. Insoweit sind diese langfristigen Verträge für die Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Menschen in unserem Land ein wahnsinniges Minusgeschäft. Diese langfristigen Verträge laufen 30 Jahre, über 30 Jahre hin findet Geldentwertung statt, und dann muss man das, was hinten rauskommt, auch noch versteuern. Das ärgert die Menschen zutiefst.

Wir müssen auch an diejenigen denken, die immer das gemacht haben, was der Staat gewollt hat: private Altersvorsorge, fürs Alter vorsorgen. Deshalb ist ein Vorschlag, um diesen Menschen entgegenzukommen, die Steuerfreiheit von Lebensversicherungsverträgen, sobald diese ausbezahlt werden. Ich halte das für vollkommen richtig, um Altersarmut vorzubeugen und Eigeninitiative zu belohnen.

Der zweite Vorschlag zu etwas, was mich zutiefst ärgert: Ich komme aus dem ländlichen Raum; der Stimmkreis Haßberge, Rhön-Grabfeld ist mit Sicherheit eine der ländlichsten Regionen Bayerns. Bei mir im Stimmkreis leben circa 140.000 Menschen. Eine Vielzahl lebt in Dörfern. Der Landkreis Haßberge hat 82.000 Einwohner und 250 Dörfer. Die Menschen sind aufs Automobil, auf jeden Fall auf ein Fortbewegungsmittel angewiesen, um zu ihrer Arbeit zu kommen; mit Fahrrad, E-Bike oder Lastenrad geht das einfach nicht.

Herr von Brunn, die SPD war früher die Partei des kleinen Mannes.

(Zuruf: Lange her!)

Kein einziger Vorschlag dazu, was man den Pendlern in diesem Land – – In Bayern leben Millionen von Pendlern, die das Auto brauchen, um jeden Tag in die Arbeit zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt sind die Spritpreise so hoch! Welche Antwort geben Sie, welche Antwort gibt die Bundesregierung diesen Menschen, die das Auto täglich, wenigstens mehrfach in der Woche nutzen und betanken müssen, um überhaupt ihren Lebensunterhalt verdienen

zu können? – Es ist mehr als angemessen und dringend, die Pendlerpauschale zu erhöhen. Derzeit liegt sie bei 30 Cent pro Entfernungskilometer, das heißt 15 Cent pro echtem Kilometer. Das spiegelt schon lange nicht mehr die Kosten wider, die jemand hat, um in die Arbeit zu kommen und seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Wir als CSU fordern deshalb dringend eine Entlastung der Pendler von den hohen Spritpreisen. Wir fordern eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Davon hat weder die SPD noch die GRÜNEN noch die FDP noch sonst irgendjemand irgendetwas gesagt. Das ist ein Vorschlag der CSU; dieser Vorschlag muss auch in den Bundestag eingebracht werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Das ist kein, wie Herr Stümpfig gesagt hat, purer Populismus. Was Sie hier gezeigt haben, ist vollkommene Ignoranz der besonderen Situation der Millionen Pendlerinnen und Pendler in unserem Land. Man muss das der Öffentlichkeit deutlich sagen.

Sie haben keine Antwort darauf, was man Pendlern gibt, um sie von diesen hohen Kosten zu entlasten. In diesem Sinne bitte ich zwar nicht um Zustimmung, aber es ist wichtig, dass man diese Position einmal deutlich nach außen zeigt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die Staatsregierung spricht abschließend der Staatsminister Albert Füracker.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Argumente sind in vielerlei Hinsicht ausgetauscht. Über manche Argumente wundert man sich schon. Neben der Analyse, wie es um die Inflation steht, gab es Überlegungen, die nicht dazu beitragen, die Inflation zu beseitigen. Es ist das Gerücht entstanden, man könne durch die Anzahl der Windräder in Bayern dazu beitragen, die Inflation signifikant zu senken. Ich habe schon alles Mögliche gehört.

Liebe Damen und Herren, Sie, die das angesprochen haben, dieser Zusammenhang wird dem Problem letztendlich nicht gerecht werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin ein ausgewiesener Anhänger regenerativer Energien und habe das auch nie verschwiegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen einmal eine Zahl nennen: Vom 40-Prozent-Anteil des regenerativen Stroms werden 17 % des aktuellen Primärenergiebedarfs gedeckt. Wir sollten nicht glauben, dass wir mit dem Aufbau von Windrädern die Inflation bekämpfen. Das ist ein sehr kleiner Aspekt. Im Übrigen gab es den Vorwurf, in Bayern bräuchten wir zu viel Strom, sodass sich die Energiepolitik in Deutschland schwerer gestalten werde. Wissen Sie, warum wir in Bayern viel Strom brauchen? – Ja, wir haben eine energieintensive Industrie und Wirtschaft. Ja, wir haben einen starken Mittelstand. Ja, wir haben Unternehmen, die produzieren wollen. Diese brauchen Strom. Der Stromverbrauch läuft parallel zur Entwicklung des Wohlstandes – auch bei uns. Deshalb dürfen wir nicht sagen: Es ist ganz furchtbar, dass wir Strom brauchen. Wir müssen das Problem stattdessen lösen. Den Wohlstand, der in Deutschland und in Bayern durch Produktion und starke Industrie entstanden ist, wollen wir nicht aufgeben – unter keinen Umständen. Diesen brauchen wir als Grundlage für unser funktionierendes Staatswesen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb war die Debatte über die Anzahl der Windräder, um die Inflation zu bekämpfen, ein Nebenaspekt. Tatsächlich ist der Preisauftrieb, den wir in den letzten Monaten hatten, auch durch Sondereffekte verursacht worden. Selbst die Ökonomen streiten sich darüber. Eine ganze Zeit lang ist behauptet worden, das Ganze wäre nur vorübergehend. Erst vor Kurzem hat die EZB angedeutet, dass das Wort "vorübergehend" möglicherweise gestrichen werden könne. In anderen Erdteilen dieser Welt – darauf komme ich später noch zurück – ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass es auch dort schwierig und bei Weitem nicht vorübergehend ist. Über die Lieferketten und die

Materialknappheit ist gesprochen worden. Je mehr wir uns jedoch mental an die Teuerung gewöhnen und je länger diese anhält, umso mehr steigen die weiteren Risiken. Das darf auch nicht passieren.

Über die Lohn-Preis-Spirale wurde heute kaum diskutiert. Dazu kann man Meinungen haben, wie man will. Es gibt aber auch Fakten. Man kann für oder gegen die Erhöhung des Mindestlohns sein. Das wurde bereits angesprochen. Fakt ist: Jegliche Lohnerhöhung steigert natürlich auch den Inflationsdruck. Das ist ein Faktum, um das man nicht herumdiskutieren kann. Die Lohn-Preis-Spirale führt zu einer höheren Inflation.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, zu Ihnen komme ich noch. Als SPD tun Sie so, als hätten Sie in Berlin die letzten zwölf Jahre nie regiert.

Die Preissteigerungen – auch das ist ein Faktum – sind mit dem Ausbau regenerativer Energien in den letzten Jahren verbunden gewesen. Ich kenne mich ein bisschen aus.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Darf ich wieder?

Die EEG-Umlage ist deshalb entstanden, weil wir regenerativen Strom ausgebaut haben. Heute werden wir darüber sprechen. Wir müssen die EEG-Umlage abschalten. Sie soll vom Steuerzahler und nicht mehr vom Stromverbraucher übernommen werden. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass der Ausbau der regenerativen Energien jedenfalls in den letzten Jahren nicht automatisch dazu geführt hat, dass die Strompreise gesunken sind. Deswegen bitte ich Sie, die Zusammenhänge korrekt darzustellen.

(Zurufe)

– Das ist nicht unverschämt. Seien Sie mit dieser Wortwahl etwas vorsichtig. Ich kann das, was ich hier sage, auch beweisen. Mein lieber Herr – wer immer Sie als Zwischenrufer auch sind –, in den letzten Jahren ist durch den Ausbau regenerativer Energien die EEG-Umlage massiv gestiegen. Das ist ein Faktum, das Sie nicht bestreiten können.

(Beifall bei der CSU)

Dann gibt es noch jemanden, der heute noch gar nicht richtig erwähnt wurde: Das ist die EZB. Die EZB ist ein unabhängiges Zentralbankinstitut. Wir haben jahrelang an die EZB appelliert und dort stets unsere Argumente vorgebracht. Eines dürfen wir nicht vergessen: Im Jahr 2008 beim Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat der Leitzins 4 % betragen. Damals konnte man auch geldpolitisch noch etwas tun. Damals hat man den Zinssatz gesenkt, um die Krise zu bekämpfen. Schließlich kam die Euro-Schuldenkrise. Hinterher hat der Zinssatz nur noch 1 % betragen. Seit dem Jahr 2016 haben wir Nullzins in Europa. Dieser Nullzins hat auch dazu geführt, dass wir im Rahmen der Corona-Krise mit klassischer Geldpolitik überhaupt keine Antworten in Europa mehr geben konnten. Alles musste fiskalpolitisch erledigt werden. Die Fiskalpolitik, die in ganz Europa zur Bekämpfung der Krise betrieben wurde, hat auch nicht die Inflation gesenkt. Das will ich einmal vorsichtig sagen. Es wurde versucht, den Menschen durch die Aufnahme von Schulden zu helfen. Diese Argumente müssen auf den Tisch.

Ich behaupte gar nicht, dass die EZB die Zinsen um 2 % anheben muss. Das wird sie nicht tun. Das wäre auch nicht sinnvoll. Die EZB sollte aber wenigstens Signale senden. Meine Damen und Herren, wenn selbst der neue Bundesbankpräsident darauf hinweist, dass uns die Inflationsrate noch länger beschäftigen wird, muss man der EZB sagen: Tut ihr, was ihr tun müsst. – Meine Damen und Herren, zwar werden die Nettoanleihekäufe in Höhe von 66 Milliarden Euro wieder zurückgefahren, aber das wird nicht dazu führen, dass die enormen Anleihebestände der EZB in Höhe von 4,7 Billionen Euro signifikant sinken werden. Natürlich sind diese Zahlen auch dafür

verantwortlich, dass wir ein Inflationspotenzial haben. Meine Damen und Herren, je mehr Geld unterwegs ist, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es eine Inflation gibt. Das ist gar nicht so schwierig. Deshalb muss die EZB wie andere Zentralbanken in Europa und auf der Welt daran denken, die zinspolitische Normalität einzuleiten.

(Beifall bei der CSU)

Dort ist das Gaspedal bis auf Weiteres durchgedrückt. Wenigstens im Bereich der Anleihekäufe muss man deutlichere Signale senden. Man muss Schritt für Schritt daran denken, die Zinsen wieder etwas nach oben zu fahren. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was passiert, wenn wieder eine Krise kommt und wir geldpolitisch überhaupt keine Spielräume mehr haben. Die FED hat das gemacht. Sie hat das Ende der Anleihekäufe von Mitte des Jahres 2022 auf das Frühjahr vorgezogen. Die Bank of England hat die Zinsen schon angehoben. Das ist interessant. Das ist der erste G7-Staat, der während der Corona-Krise Zinsen erhöht. Offenbar macht das auch bei den EZB-Oberen einen gewissen Eindruck. Deshalb hat Frau Lagarde in der letzten Woche eingeräumt, dass die EZB angesichts von Unsicherheiten für Änderungen des Inflationsausblicks offener sein müsse. Die EZB hat einen wesentlichen Einfluss auf die Inflation. In Deutschland müssen wir uns darüber einig sein. Das sage ich auch der neuen Bundesregierung. Ich habe auch schon Herrn Lindner geschrieben. Im Rahmen der Gespräche muss darauf hingewirkt werden, dass geldpolitisch wieder Normalität eintritt – auch in der Eurozone.

Meine Damen und Herren, natürlich ist auch die Bundesregierung gefordert. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Selbstverständlich befinden sich die Sparer bei solchen Inflationsraten in einer Situation, in der man ihnen Geld nimmt. Deshalb muss man darüber nachdenken, was man für die Sparerinnen und Sparer tun kann. Das gilt für den Bereich der Lebensversicherungen und des Sparerfreibetrags. Das interessiert sehr wohl die Menschen, die sich im Anleihenmarkt oder bei Lebensversicherungen bedient haben. Die Menschen interessiert, ob sie die Summe im Falle der Auszahlung

steuerfrei erhalten oder nicht. Ich weiß nicht, warum das so schwer ist, das zu verstehen.

Eines ist doch klar: Heute habe ich fünfmal gehört, dass wir 16 Jahre regiert hätten. Die SPD hat 12 Jahre lang mitregiert. Alle Initiativen im Hinblick auf steuerliche Erleichterungen wie zur kalten Progression, zum Sparer-Pauschbetrag und zur Förderung privater Altersvorsorgen, die wir im Bundesrat eingebracht haben, sind von der SPD immer abgelehnt worden. Es ist nicht so, dass die SPD die letzten 12 Jahre gegen die CDU oder CSU hätte kämpfen müssen, um geldpolitische Normalität anzumahnen und den Sparer zu schonen. Das Gegenteil ist doch der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Was wir angesprochen haben, haben wir eingebracht. Alles wurde immer von der SPD abgelehnt. Heute stellt man sich hier hin und bildet sich ein, man könne die Verantwortung der letzten Regierungsjahre nur auf andere schieben. Ganz so einfach ist es nicht.

Die Energiekosten müssen runter. Wir müssen Energie sparen. Dazu passt, dass Herr Habeck gestern die KfW veranlasst hat, Bürgern, die sparsamere Häuser bauen wollten, das Geld über die KfW zu verwehren. Das ist die energiepolitische Realität der GRÜNEN in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Ja, das ist so. Zum Schluss sage ich noch zur Ampel in Berlin, die angekündigt hat, was man in nächster Zeit alles tun will: Hoffentlich finden Sie in Ihrer Regierungskoalition in Berlin dann genügend Abgeordnete,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Herr von Brunn, die Ihnen die notwendigen Gesetzesvorlagen und Anträge schreiben.

(Zuruf: Ah!)

Darauf bin ich gespannt.

(Zuruf)

Nicht dass es so läuft wie bei der Impfpflicht, zu der der Bundeskanzler und der Bundesgesundheitsminister jeden Tag sagen: Ja, ich bin dafür. Aber die Anträge und die Gesetzentwürfe sollen irgendwelche Abgeordnetengruppen schreiben, am besten aus der Opposition, weil man dafür in der Regierung keine Mehrheit hat, meine Damen und Herren. Darauf bin ich gespannt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Wenn es bei der Abschaffung der EEG-Umlage und der Bekämpfung der Inflation genauso läuft und die Regierungsfaktionen jedes Mal die Abgeordneten brauchen, die ihnen die Anträge und die Gesetze schreiben, werden wir so schnell nicht zu der Normalität zurückkehren, nach der wir uns sehnen.

In diesem Sinne bitte ich also, diese Themen mit großer Objektivität zu diskutieren. Jeder muss an seiner Stelle tun, was er tun kann, um Inflation zu bekämpfen. Das gilt unserer Ansicht nach für die EZB genauso wie für die Bundesregierung. Wir leisten dazu als Freistaat Bayern den Anteil, den wir leisten können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich, Herr Staatsminister. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Hartmann das Wort. Er darf aufgrund der verlängerten Redezeit noch fünf Minuten sprechen.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für die erweiterte Redezeit und möchte hier ein paar Punkte richtigstellen. Herr Minister, Sie haben gerade davon gesprochen, die erneuerbaren Energien würden die Kosten treiben. Ich habe Ihnen genau zugehört. Sie werden mir doch recht geben, wenn ich sage, dass Solarstromanlagen in den letzten 20 Jahren die Entste-

hungskosten von Strom in diesem Bereich um 90 % gesenkt haben. Eine Freiflächenanlage, die heute ans Netz geht, produziert die Kilowattstunde Strom für unter fünf Cent. Das ist doch ein gewaltiger Erfolg! Dies zeigt auch, dass die EEG-Umlage so nicht mehr gebraucht wird, weil die Anlagen durch die Ausschreibungen jetzt schon günstiger produzieren. Das hat doch funktioniert! Ein weiterer Bereich ist die Windkraft. Hier gilt genau das Gleiche. Deshalb sind Wind und Sonne die Garanten für bezahlbare Energiekosten. Dabei bleibe ich, weil es richtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weltweit wird am meisten in Solar- und Windkraftanlagen investiert, um günstig sauberen Strom zu gewinnen, nicht in einen fossilen Kraftwerkspark, weil die Energieträger immer teurer werden. Die Abhängigkeit, die vorher angesprochen wurde, ist geopolitisch ein Problem. Mein Kollege Martin Stümpfig hat es angesprochen: Die Antwort kann doch nicht sein, unsere Außenpolitik nach der Abhängigkeit von Energieträgern auszulegen! Wir legen nach unseren Werten aus, was richtig ist, nicht nach Abhängigkeiten. Hier muss sich etwas ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Aspekt zeigt, dass es richtig ist: Jede neue Windkraftanlage in Bayern senkt den Börsenstrompreis; denn wenn mehr sauberer Strom angeboten wird, der günstiger als Strom aus dem Gaskraftwerk ist, geht der Preis nach unten. Wir haben dies oft genug gelesen. Das "Handelsblatt" und die "FAZ" haben oft darüber berichtet. Beides sind keine grünen Parteizeitungen. Einer der Gründe für den Anstieg der Energiekosten im Strombereich ist das schwache Windjahr 2021. Da stand 5 % weniger Windkraftleistung zur Verfügung, weil der Wind weniger geweht hat. Wind kann man nicht steuern. Das ist richtig. Was wir aber steuern können – hier hoffe ich auch darauf, dass sich die FREIEN WÄHLER in dieser Regierung endlich einmal durchsetzen –, ist der Ausbau der Windkraft. Diesen können wir steuern und voranbringen. Wenn

mehr Anlagen stehen würden, wäre der Ertrag trotzdem höher. Das ist eine ganz einfache Rechnung. Hier müssen wir vorankommen. Dies gehört auch zur Bekämpfung der Inflation, weil die Energiekosten die Inflation am stärksten treiben. Wenn das Gemüse im Supermarkt teurer wird, wird es auch deshalb teurer, weil das Gewächshaus zum Beispiel in den Niederlanden oder sonst irgendwo im Winter mit Gas oder Öl geheizt wird. Dies treibt die Kosten. Hier müssen wir etwas ändern.

Zum Schluss möchte ich noch ansprechen: Ich verstehe leider nicht, was Sie eigentlich wollen, liebe CSU. Wollen Sie – wie Herr Kollege König gesagt hat –, dass das Leben für alle bezahlbar bleibt, oder schüren Sie gerade Panik und Angst vor einer Lohn-Preis-Spirale? – Beides passt nicht ganz zusammen. Ich weiß, dieser Bereich ist sehr komplex, aber wir sind uns doch wohl einig, dass der Mindestlohn vor allem in den Ballungsgebieten, aber auch in vielen Regionen in Deutschland nicht wirklich zum Leben reicht. Es war doch eine Schande, dass dieser Lohn so niedrig war! Er muss doch angehoben werden! Daran führt überhaupt kein Weg vorbei. Dies ist die Lohnuntergrenze. Sie jetzt auf zwölf Euro pro Stunde anzuheben, ist der richtige Weg. Es wurde hier schon einmal gesagt: 6,2 Millionen Menschen kommt dies direkt zugute, bereits in diesem Jahr! Ich kann mich an keine Entlastung für so viele Menschen erinnern, die in so kurzer Zeit in einer Regierung beschlossen worden ist und den Menschen umgehend zugutekommt. Genau hier liefern wir!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will jetzt gar nicht groß auf die Steuerpolitik eingehen, aber hier muss man doch ziemlich schmunzeln. Es ist nicht lange her, da wurden Sie aus der Regierung abgewählt. So ist es. Andere wurden gewählt. Dies gehört zur Demokratie. Das ist auch keine Schadenfreude, sondern einfach nur eine Feststellung. Steuerpolitik bzw. die Fragen, wer wie und wo entlastet werden soll, lagen in den letzten 16 Jahren definitiv nicht in grüner Verantwortung, sondern in der Verantwortung der CSU, die ständig an der Regierung beteiligt war. Dies muss man sehr deutlich sagen. Hier liegt die Verantwortung bei Ihnen. In diesem Bereich mandeln Sie sich ziemlich auf und machen sich

größer, als Sie damals in der Regierung waren. Diese Bereiche haben wir auf dem Schirm. Man wird ein gerechteres Steuersystem brauchen. Hier bin ich bei Ihnen. Aber jetzt zu erwarten, dass alles in drei oder vier Tagen kommt – so läuft Politik nicht. Entscheidend ist, denen am schnellsten unter die Arme zu greifen, bei denen es am notwendigsten ist. Dies ist der Bereich, in dem der Mindestlohn so niedrig war. Dort haben wir es getan, dort haben wir geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Kirchner von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte.

**Sandro Kirchner (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartmann, ich denke, wir müssen versuchen, die Dinge noch einmal einzuordnen. Die Aktuelle Stunde hat sich mit dem Thema Inflation beschäftigt.

(Zuruf)

Inflation ist nicht irgendetwas, das sich über 16 Jahre hinweg entwickelt hat, sondern die Inflation, wie wir sie gerade erleben, hat bestimmte Hintergründe: Einmal ist sie pandemisch bedingt, weil Kapazitäten in einigen Bereichen heruntergefahren worden sind, wirtschaftliche Bereiche andernorts aber sprunghaft angestiegen sind. Förderkapazitäten konnten nicht entsprechend angepasst werden. Damit entsteht natürlich ein Angebots- und Nachfragedefizit, und somit steigt der Preis. Gleichzeitig reißen Lieferketten ab, und andere Faktoren kommen hinzu, sodass mit der Teuerung eine Inflationsspirale entsteht, die ihresgleichen sucht. Wir können noch lange reden und "Schwarzer Peter" spielen, wer vor 16 Jahren Schuld hatte und wer vor 15 Jahren vielleicht einen falschen Satz im Plenum gesagt hat. Viel entscheidender ist jedoch, was die Menschen tangiert.

(Zuruf)

Wir stellen fest, dass die Menschen unter dieser enormen Belastung im Moment finanziell regelrecht zusammenbrechen und dass die Bundesregierung – ich muss meine Kritik wiederholen – bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht den Eindruck erweckt, dass sie die Brisanz und Aktualität der Situation erkannt hat und dementsprechend mit kurzfristigen Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch zur Entlastung der bayerischen Wirtschaft beitragen und damit der Inflation entgegenwirken möchte. In der Verantwortung der Bundesregierung haben Sie Instrumente, mit denen Sie sofort Beiträge steuern können. Sie können ökologische Steuern reduzieren, auf europäischer Ebene Einfluss nehmen und entsprechend entgegenwirken. Herr Hartmann, das Ganze hat doch aber nichts mit der Energiewende im Weiteren zu tun.

(Zuruf)

– Nein, hat es nicht; denn dies ist eine Situation, die langfristig angelegt wird und an der Stelle ad hoc gar nichts damit zu tun hat.

(Zuruf)

Ich darf noch einmal daran erinnern, Herr Hartmann, weil Sie die Dinge jetzt auch verzerrt haben: Wir hatten hier vor Kurzem eine Anhörung im Bayerischen Landtag zu den Energiepreisen und zur Verteuerung der Strompreise. Dabei wurde klar hervorgehoben, dass der Umbau der Energieversorgung, die Energiewende, sehr viel Geld kostet. Es mag zwar sein, dass der Photovoltaikstrom und der Windstrom an der Strombörse einen besonders guten Preis haben, aber Fakt ist auch, dass mit dieser Energiewende eine Doppelinfrastruktur geschaffen und von einer zentralen in eine dezentrale Energieversorgung umgestellt werden muss. Die Experten haben auch – wenn Sie dabei gewesen wären und zugehört hätten, wüssten Sie das – klar festgestellt, dass für die erneuerbaren Energien in Bayern und in Deutschland eine Reservekapazität mit Gaskraftwerken vonnöten ist,

(Zuruf)

die in erster Linie mit Gas und in der Perspektive vielleicht mit Wasserstoff gespeist wird. Herr Hartmann, dies kostet sehr viel Geld! Wir wissen schon, dass spätestens dann auch der Gaspreis wieder eine Rolle spielen wird, um als Brückentechnologie die Energiewende zu unterstützen.

Bitte seien Sie doch so ehrlich und versuchen Sie hier nicht immer, in einer Schaulfensterdebatte andere Bilder darzustellen. Noch einmal: Unsere Erwartung ist, dass Sie den Menschen helfen, den Pendlern im ländlichen Raum, der alten Oma und dem Rentner, die sich die Heizkosten nicht mehr leisten können, und natürlich der Wirtschaft, damit sie aus dieser Inflationskrise herauskommt und entsprechend wieder positive Werte schöpfen kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Wir sind damit am Ende dieser Aktuellen Stunde.